

# Freiburg

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **43 (1987)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Berichtigung

Der Artikel von Bruno Bossart: „*Dient die Saanestadt noch als Sprachbrücke?*“ in Heft 4, Seite 122, ruft nach Richtigstellung und Ergänzung.

Es stimmt nicht, daß die Kantonsverfassung lediglich Französisch als Amtssprache zuläßt. Art. 21 lautet: „Die Gesetze, Dekrete und Beschlüsse sollen in französischer und deutscher Sprache veröffentlicht werden. Der französische Text ist der Urtext.“

Nach dem Staatsrechtler Cyril Hegnauer macht der erste Satz, obwohl er sich nur auf die Gesetzgebung bezieht — *pars pro toto* —, Deutsch zur Amtssprache; ihre Geltung wird allerdings durch den zweiten Satz herabgemindert und eingeschränkt. Dies ist um so anstößiger, als es im Bund mit drei Amtssprachen schon seit dem 19. Jahrhundert keinen Urtext mehr gibt, alle drei Sprachen sind gleichwertig. Durch die Motion Jutzet (1984) genötigt, sind die Behörden gegenwärtig an der Arbeit, die Änderung des Art. 21 vorzubereiten, die Diskriminierung aufzuheben und die Sprachen in der Verfassung auf gleichen Fuß zu stellen. Zu erwähnen wert ist auch, daß im Gefolge der Motion Schmutz (1980) Deutschfreiburg durch Gesetz Anrecht auf zwei von sieben Kantonsrichtern hat.

Ferner wird der Eindruck erweckt, vor Franz Äbischer habe sich niemand für die Rechte Deutschfreiburgs gewehrt. Die erwähnte Initiative ist noch gar nicht eingereicht, erst in Aussicht gestellt.

Von der Deutschfreiburgischen Arbeitsgemeinschaft DFAG scheint B. B. noch nichts gehört zu haben. Sie wurde 1959 gegründet und hat sich seither umfassend mit unsern Sprachproblemen beschäftigt. Wollte man alle ihre Bemühungen aufzählen, die sie vielfach im stillen und unspektakulär geleistet hat, von den Medien nicht gehätschelt, von den politischen Parteien beargwöhnt und behindert, keineswegs unterstützt; es gäbe eine lange Liste. Als erste seit 1848 hat sie systematisch die Sprachenfrage studiert, ein Inventar der Mißstände und Benachteiligungen erstellt und 1962 in einer Petition deren Beseitigung, aber mit dem Ziel, unsern Sprachen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zu gleichem Recht zu verhelfen, auch eine Änderung von Verfassung und Gesetzen verlangt. Unterdessen hat sich in praktischen Dingen vieles gebessert, was dem Fremden nicht in die Augen springt, aber für uns auch wichtig ist; auf die großen entscheidenden Schritte warten wir allerdings immer noch. Franz Äbischer ist auch einer, der auf seine Art wieder daran erinnert.

Eine Folge unserer sprachpolitischen Tätigkeit, insbesondere der Petition, war die Einsetzung der paritätischen Sprachenkommission durch das Freiburger Institut. Die wichtigste Frucht ihrer Arbeit war 1968 die Sprachencharta. Als Anwendung der Menschenrechte auf das Sprachleben der Völker hat sie in internationalen Kreisen Anerkennung gefunden, in Freiburg selbst allerdings eher schlechtes Gewissen, Verlegenheit und Ratlosigkeit ausgelöst. Viele Welsche möchten sie totschweigen, weil es ihnen gegen den Strich geht, die Minderheit und ihre Sprache als gleichwertig anzuerkennen.

Mit einem Mitteilungsblatt und einer Schriftenreihe versuchte die DFAG ihre Bestrebungen in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Da sie nie zu Hetze, Kampfmethoden und Bomben gegriffen hat, fand es die träge große Masse der Schweizer nicht nötig, sie zur Kenntnis zu nehmen.

In der Erkenntnis, daß man eine Sprache nicht nur verteidigen, sondern auch lebendig erhalten und pflegen muß, hat sich die DFAG nicht nur sprachpolitisch betätigt. Seit 1963 bringt ihr rühriger Theaterausschuß jedes Jahr Gastspiele anerkannter deutschsprachiger Bühnen in die Stadt. Mit ihrem Deutschfreiburger Kulturpreis, der seit 1963 in der Regel alle fünf Jahre vergeben wird, stärkt sie das Selbstbewußtsein Deutschfreiburgs und trägt zu seinem kulturellen Aufblühen bei.

Brücke war Freiburg zu allen Zeiten. Außer der Zähringerbrücke führen für jeden, der sie sehen will, von jeher unzählige geistige Brücken über die Sprachgrenze hinüber und herüber. Nur darf man nicht, wie es bei vielen Medienleuten heute Mode ist, immer nur das Unvollkommene sehen wollen und mit oberflächlichem Gerede den unvermeidlichen Spalt zwischen den Sprachgemeinschaften zu einem Graben verbreitern und vertiefen.

*Peter Boschung*

## Elsaß

### **Deutsche Volksgruppen in der Europäischen Gemeinschaft**

In Eupen (Deutsch-Belgien) fand vom 26. bis 29. März 1987 eine Arbeitstagung aller deutschen Volksgruppen der EG-Staaten statt. Vertreten waren das Elsaß und Lothringen, Südtirol und die oberitalienischen Sprachinseln, Deutsch-Belgien, das dänische Nordschleswig sowie Luxemburg. Behandelt wurden die Themen: Deutsch im Unterricht, in den Medien, in der Staatsverwaltung, im Gesellschaftsleben. Besonders eindrücklich wirkte der Vortrag von Professor *Ralph Stehly*, Inhaber des Lehrstuhls für evangelische Theologie an der Universität Straßburg. Über die Zustände in seiner Heimat führte er aus: Der französische Staat nützte seit 1945 deutschfeindliche Gefühle aus, um der Landessprache den Boden zu entziehen, und die Schule tat alles, um den Kindern die Freude an der Muttersprache zu nehmen. Stehly forderte die Wiedergutmachung der sprachlichen Entwurzelung, die an zwei Generationen verübt worden ist. Vorgeschlagen wurden folgende Maßnahmen: Sachliche Aufklärung der jungen Eltern über die geschichtlich gewordene und beruflich wertvolle Zweisprachigkeit (Deutsch und Französisch), Wiederherstellung der öffentlichen Zweisprachigkeit, vor allem auf den Ortstafeln, Kulturaustausch mit Deutschland (Theater, Film); in Spitälern und Altersheimen ist das Personal so auszuwählen und auszubilden, daß alte Leute nicht ohne Ansprechpartner bleiben; die deutsche Sprache muß als angestammte Landessprache staatliche Anerkennung finden; das elsässische Sprachproblem ist als *Menschenrechtsfrage* zu behandeln.

Die Tagung, die in Presse und Radio Widerhall verdient hätte, sollte nicht nur die einzelnen Volksgruppen ermutigen; sie sollte auch ans Licht bringen, ob der stolze Name „Europäische Gemeinschaft“ nur für die Wirtschaft gilt oder — wie alle hoffen — auch für die Menschen, die ihr angehören.

*Paul Waldburger*

(Quelle: „Der Wegweiser“, Vierteljahresheft der deutschen Volksgruppe in Belgien, 1/1987)